

# Pressemitteilung

**Pressestelle**  
Evangelische Kirche Berlin-  
Brandenburg-schlesische  
Oberlausitz  
Georgenkirchstraße 69  
10249 Berlin  
Tel 030 - 2 43 44 - 382  
presse@ekbo.de  
www.ekbo.de

## **Wählen gehen – für Würde, Zusammenhalt und Demokratie**

*Brandenburg-Wahl: Evangelische Kirche wirbt mit Anzeigen in Tagespresse für Wahlbeteiligung und Wahlentscheidungen im Sinne der Menschenfreundlichkeit*

**Berlin, 12. September 2024** – Mit einer Anzeigen-Kampagne in zahlreichen in Brandenburg erscheinenden Tageszeitungen und eigenen Rundfunk-Spots appelliert die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) an alle Wahlberechtigten, ihr Wahlrecht zu nutzen und durch ihre Wahlentscheidung die Demokratie und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein friedliches Miteinander zu stärken. „Liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger, wir bitten euch: Geht wählen. Für Würde. Für Zusammenhalt. Für eine menschenfreundliche Gesellschaft. Eure Evangelische Kirche in Brandenburg“ heißt es wörtlich in den orangefarbenen gestalteten Anzeigen, die seit dem 11. September in der lokalen Tagespresse veröffentlicht werden.

„Leidenschaftlicher Einsatz für Demokratie, die davon lebt, dass alle gleiche Würde, gleiche Rechte und gleiche Stimme haben – dafür setzten sich auch die Kirche ein“, begründet Bischof Christian Stäblein die Entscheidung der EKBO, mit Hilfe der Anzeigenkampagne Menschen in Brandenburg zum Wählen zu motivieren. „Die Kirche darf und soll dann auch jenseits der Parteien deutlich machen, wo das Herz des Evangeliums schlägt, nämlich für Entrechtete, für Ausgegrenzte – und ganz klar gegen Ausgrenzung“, betont Bischof Stäblein. „Ich hoffe, dass sich in der Wahl das offene, menschenfreundliche, demokratische Gesicht Brandenburgs zeigt.“ Niemand müsse rechtsextremistisch wählen, um Protest zum Ausdruck zu bringen: „Das demokratische Angebot ist vielfältig und breit.“

Die Wahl zum 8. Landtag Brandenburgs findet am 22. September 2024 statt. Wahlberechtigt sind 2,11 Millionen Personen, darunter etwa 100.000 Erstwählende.